

Demokratie braucht Politische Bildung*

Am 8. Mai 2017 jährte sich zum 72. Male das Ende des Zweiten Weltkrieges. Es dauerte 40 Jahre, bis 1985 der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einer bahnbrechenden Rede im Bundestag den 8. Mai als einen „Tag der Befreiung“ würdigte. Zuvor wurde das Kriegsende entweder eher als Niederlage oder auch als „Stunde Null“ bezeichnet. Die Zeit vor 1945, die Verantwortung für den Holocaust, die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, die Gründe für die Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahr 1933 sowie die zuvor erfolgte Erodierung der Demokratie der Weimarer Republik ließen sich damit bequem verdrängen.

Der Weg zu einer gefestigten parlamentarischen Demokratie in Deutschland war lang und mit unsäglichen Opfern verbunden. Er führte bis zur leidvollen Spaltung der Nation. Eine der wichtigsten Etappen auf dem Weg zur Wiedervereinigung bildete die Erarbeitung einer neuen Verfassung, die zunächst in Form eines provisorischen Grundgesetzes gedacht war. Dieses kam am 8. Mai 1949 im Parlamentarischen Rat zur Abstimmung. In Kraft trat es dann am 23. Mai 1949.

Das Grundgesetz eröffnete auch die Gelegenheit zu einem wohlverstandenen Verfassungspatriotismus, der parallel zu den Chancen und Möglichkeiten der europäischen Integration verlief. So wurde der „Beitrittsartikel“ 23 nach der Wiedervereinigung im Jahr 1992 zur Verwirklichung eines vereinten Europas durch den „Europa-Artikel“ ersetzt.

Politische Bildung als Verfassungsauftrag

Die Bayerische Verfassung schreibt folgerichtig in Art. 131 den Auftrag fest, dass es Aufgabe der Schulen sei, die Schüler im „Geiste der Demokratie und im Sinne der Völkerversöhnung“ zu erziehen. In diesem Sinne ist das auffälligste Merkmal unserer parlamentarisch-repräsentativen Demokratie zweifellos die Institution des Bundestages als dem zentralen gesetzgebenden Bundesorgan. Es ist das einzige Verfassungsorgan, welches direkt vom Staatsvolk gewählt wird. Seine spezifische Konstruktion, wie sie vom Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee im

August 1948 entwickelt wurde, ist jedoch nur in der Auseinandersetzung mit den verfassungsrechtlichen Defiziten sowie der fehlenden demokratischen Kultur der Weimarer Republik zu verstehen. Aus guten Gründen hat sich der damalige Expertenkreis für eine parlamentarische und nicht für eine präsidentielle Demokratie entschieden.

Wie jedoch zahlreiche Studien belegen, ist das Wissen der Bürger über den Bundestag immer noch defizitär. So muss die Politische Bildung immer noch feststellen, dass in den Vorstellungen von Jugendlichen und Erwachsenen gravierende Fehlverständnisse über die essentiellen Funktionen des Bundestages sowie seiner Abgeordneten bestehen. Die wichtige Aufgabe, die nachwachsende Generation auf eine „demokratische Leitkultur“ hin zu orientieren und damit die Weiterentwicklung unserer Demokratie zu ermöglichen, ist ohne eine gestärkte politische Bildung jedoch nicht möglich.

Wir wissen, dass die komplexe Materie der Politik ausreichend personelle Ressourcen und Zeit braucht, um erfolgreich in einem lebenslangen Lernprozess vermittelt zu werden. Es waren namhafte Politische Bildner, die dies beispielhaft mit den Worten ausdrückten: „Die Demokratie ist kein Selbstläufer“, „Demokraten fallen nicht vom Himmel“ oder „Niemand wird als Demokrat geboren“. In diesem Sinne lautet das Motto der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung: „Demokratie braucht Demokraten und Demokraten brauchen Politische Bildung“. Die Demokratie ist die einzige Staatsform, die Bürgerengagement braucht. Sie muss jeden Tag aufs Neue erarbeitet und bewahrt werden, denn man bemerkt ihren Wert erst dann, wenn sie fehlt.

Prof. Dr. Andreas Brunold, Universität Augsburg

*Auszüge aus einer Rede am 8. Mai 2017 in Augsburg anlässlich der Eröffnung der Wanderausstellung des Deutschen Bundestags: <https://www.bundestag.de/besuche/ausstellungen/bundestagunterwegs/wanderausst>



Grafik: Melanie Kolkmann / CC BY 4.0.